

Objekttyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **120 (1994)**

Heft 13

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) weiss nicht, was sie von den UNO-Blauhelmen halten soll und empfiehlt ihren Anhängerinnen und Anhängern deshalb: «Leer einlegen, aber mit Inhalt füllen.» Als entschiedene Armeegegnerin müsste die GSoA eigentlich gegen die Blauhelm-Vorlage stimmen, denn UNO-Truppen setzten sich immer noch aus Soldaten zusammen, die – wenn auch unbewaffnet und lediglich als nutzlose Aufseher – in einen Krieg ziehen. Trotzdem sprechen sich führende GSoA-Köpfe wie SP-Nationalrat und Zivilschutzverweigerer Andreas Gross für ein «differenziertes Ja» aus. Das ist erstaunlich, denn im Inland haben sich die Armeegegner bislang stets gegen zivile Einsätze der Militärs gewehrt, weil Militär Militär bleibe und zivile Aufgaben nicht den Eindruck erwecken dürften, die Armee sei über Nacht nützlich geworden.

Weshalb also das «differenzierte» Ja? Die Linken wollen nicht in denselben Topf geworfen werden wie die UNO- und EU-kritischen Bürgerlichen. Ein Ja zu den Blauhelmen ist für sie weder ein Ja zur Armee noch ein engagiertes Votum für die Friedenstruppen der UNO, sondern allein Mittel zum Zweck: Wird die Abstimmung angenommen, steht die Tür zur Welt ein bisschen weiter offen, könnten die durch EWR-Nein und Alpeninitiative-Ja entstanden Falten ausgeglättet werden.

Neu ist dieses Differenzierungsvermögen nicht. Schon im Kampf um den EWR profilierten sich einzelne Parteien und Gruppierungen mit «kritischen» Jas und Neins und wollten ihre Anhängerinnen und Anhänger nicht mit eindeutigen Parolen brüskieren. Das ist doch wunderbar: Man kann eine Vorlage schlecht finden, gleichzeitig aber auch die positiven Seiten herausstreichen. Und eine entsprechende Empfehlung abgeben: Stimmt dagegen oder dafür, GenossInnen, aber differenziert, bitte schön. Ob Jein oder Nja spielt keine Rolle, Hauptsache in der Partei hat ein intellektueller Diskurs stattgefunden!

Einziges Problem der aufgeschlossenen und entschlossenen Linken: Die Stimmzettel kennen keine differenzierten Voten, für sie gibt es nur Schwarz und Weiss, Null und Eins. Deshalb sind die jüngsten Abstimmungen auch so saublöd herausgekommen. Selbstverständlich ist das nicht den Linken anzulasten. Sollten sie etwa so entschieden kämpfen wie ihr rechter Widersacher Christoph Blocher, der nicht nur Statistiken fälscht, sondern mittels artistischen Einlagen auch Abstimmungsergebnisse im Nationalratssaal beeinflusst? Nein! Die Linken müssen ein Gegengewicht setzen. Auf keinen Fall dürfen sie klare Entscheide fällen, ansonsten ihnen Populismus oder Starrköpfigkeit vorgeworfen würde.

Was wollen sie uns also mit dem neuen Abstimmungsverhalten zeigen, die politisch Korrekten und Innen? Ihre Botschaft ist klar: Die direkte Demokratie muss gründlich überholt werden. Aufgepeppt und verquotetet, das aber nur am Rand. Im wesentlichen geht es darum, die Bevölkerung vermehrt einzubeziehen und auch ihr differenzierte Stellungnahmen zu ermöglichen. So sie intellektuell überhaupt dazu imstande ist. Wenn nicht, könnte ihr das Institut für eine differenziert-direkte Demokratie von Andreas Gross auf die Sprünge helfen. Wer geistig auf der Höhe ist, weiss indes wie's gemeint ist und ist froh, dass künftig nicht bloss abgestimmt, sondern auch darüber gesprochen wird. Die eidgenössischen Abstimmungen nach traditionellem Strickmuster müssen unbedingt abgeschafft werden. Differenzierte Stimmabgaben sind nur möglich, wenn der Staat Tiefeninterviews mit allen Betroffenen führt und statt Abstimmungen durchzuführen regelmässig die eidgenössische Befindlichkeit auslotet. Eine Regierungsreform tut not!

IWAN RASCHLE

Diese Woche im Klick:	
Auferstehung der Bupo	Seite 8
Grell Pastell: Aeschbi ganz scharf	Seite 10
Olympiade: Rückblick und Ausblick	Seite 28
Briefe, Impressum	Seite 34
Nebizin: Mathias Deutschmann	Seite 41
Titelblatt: Hörmen Schmutz	



Brandneu:
Das Erkennungsbuch für plattgefahrene Tiere
Seite 24